

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Hessel, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/32144 –**

Beschäftigte der Autobahn GmbH am Standort Nürnberg

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Autobahn GmbH des Bundes (vormals: Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen) übernahm am 1. Januar 2021 die Planung, den Bau, den Betrieb, die Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Autobahnen in Deutschland. Zuvor waren die 16 Bundesländer im Auftrag des Bundes für die Planung, den Bau und den Erhalt der Bundesfernstraßen zuständig.

Die Zentrale der Gesellschaft befindet sich in Berlin, daneben gibt es zehn Niederlassungen im Bundesgebiet, u. a. eine in Nürnberg.

Als eine der größten Gesellschaften in Bundeshand soll die Mitarbeiterzahl bereits ab 2021 auf bis zu 15 000 Beschäftigte anwachsen. Größtenteils sind die Beschäftigten von den Landesverwaltungen zur Autobahn GmbH gewechselt. Nicht wechselbereite Mitarbeiter aus den Landesverwaltungen sind zwar bei der Gesellschaft tätig, verbleiben jedoch im Landesdienst, wobei der Bund für die Kosten aufkommt.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Gemäß Artikel 90 Absatz 2 und Artikel 143e Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) werden seit dem 1. Januar 2021 die Bundesautobahnen (BAB) sowie die Bundesstraßen in Hamburg, Berlin und Bremen nach Artikel 143e Absatz 2 GG in alleiniger Zuständigkeit und Verantwortung des Bundes geplant, gebaut, betrieben, erhalten, vermögensmäßig verwaltet und finanziert. Hierfür bedient sich der Bund gemäß Artikel 90 Absatz 2 Satz 2 GG in Verbindung mit §§ 1 und 5 des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes der „Die Autobahn GmbH des Bundes“ (im Weiteren Autobahn GmbH des Bundes). Damit ist die Gesellschaft eine der größten Infrastrukturbetreiberinnen in Deutschland und die größte Straßennetzbetreiberin Europas.

Bei den BAB werden durch die Reform der Bundesfernstraßenverwaltung Ausgaben- und Aufgabenverwaltung zusammengeführt. Damit erfolgte ein doppelter Systemwechsel: Von der Auftragsverwaltung der Länder zu einer bundes-

unmittelbaren Verwaltung und von staatlichen Strukturen zu einer privatrechtlichen Organisationsweise. Mit dem Betriebsstart am 1. Januar 2021 der Autobahn GmbH des Bundes sowie der Einrichtung des Fernstraßen-Bundesamts (FBA) hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur den Schlussstein einer beispiellosen Bund-Länder-Verwaltungsreform gesetzt und den Übergang von den früheren 16 Auftragsverwaltungen der Länder auf die Autobahn GmbH des Bundes – wie vom Gesetzgeber vorgesehen – erreicht.

Der Betriebsaufnahme ging ein komplexer Transformationsprozess voraus, der bereits nach dem Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung im Sommer 2017 begann. Wichtige Schritte als Grundlage für den gelungenen Betriebsstart der Autobahn GmbH des Bundes waren: die Gründung der Gesellschaft im Herbst 2018, die Verschmelzung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH auf die Autobahn GmbH des Bundes mit Wirkung zum 1. Januar 2019, der Abschluss eines Haustarifvertrags der Autobahn GmbH des Bundes am 12. Juli 2019 sowie des Einführungs- und Überleitungstarifvertrages am 30. September 2019, die Inkraftsetzung der „Anwendungsrichtlinien für beamtenrechtliche Regelungen“ durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am 27. September 2019 sowie der Abschluss der Zuweisungs- und Beurlaubungsvereinbarung für die Beamtinnen und Beamten zwischen der Autobahn GmbH des Bundes und dem FBA am 1. Oktober 2020, die Wahrnehmung von Planung und Bau in der Niederlassung Nord der Autobahn GmbH des Bundes auf Antrag der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bereits seit dem 1. Januar 2020, die Verkündung der Beleihungsverordnung im April 2020, die Änderungen der Straßenverkehrs-Ordnung zum Übergang straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten im Dezember 2020 und weitere umfassende Vorarbeiten bei den Ländern und der Autobahn GmbH des Bundes zum Übergang des Personals, der materiellen Betriebsmittel, der Verträge und der Projekte.

Insgesamt über 10 500 und damit rd. 94 Prozent der vorher für Autobahnaufgaben zuständigen Beschäftigten der Länder sind zum 1. Januar 2021 zur Gesellschaft oder zum Fernstraßen-Bundesamt gewechselt bzw. für diese tätig. Dies zeigt, dass die neue Bundesverwaltung in ihrer Ausrichtung für die Beschäftigten attraktiv ist. Aufbauend darauf können die Kompetenzen in der neuen Verwaltung gebündelt und vorhandenes Wissen effektiv genutzt werden. Die Zentrale der Autobahn GmbH des Bundes ist in Berlin angesiedelt. Mit zehn Niederlassungen, die in der Fläche wiederum durch insgesamt 41 regionale Außenstellen unterstützt werden, ist die Autobahngesellschaft bundesweit vertreten. Das Gebiet der Niederlassung Nordbayern der Autobahn GmbH des Bundes umfasst die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Teile Oberbayerns, der Oberpfalz und Sachsens. Dabei erstreckt sich das zu betreuende Autobahnnetz von Coburg im Norden bis wenige Kilometer vor Ingolstadt im Süden, Plauen in östlicher und Aschaffenburg in westlicher Richtung. Das zentral gelegene Nürnberg ist Sitz der Niederlassung. Zusammen mit den drei Außenstellen in Bayreuth, Fürth und Würzburg und den 20 Autobahnmeistereien ist die Niederlassung Nordbayern für rund 1.400 Autobahnkilometer und 3.700 Ingenieurbauwerke zuständig.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Überführung der Beschäftigten aus den Landesverwaltungen zur Autobahn GmbH insgesamt?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Der reibungslose Personalübergang von den Ländern auf die Autobahn GmbH des Bundes war ein wesentlicher Baustein für den erfolgreichen Betriebsstart der neuen Bundesverwaltung.

2. Welche der mit der Neustrukturierung erwarteten Synergie- und Effizienzpotenziale lassen sich seit dem 1. Januar 2021 im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg feststellen?
10. Welche organisatorischen und strukturellen Planungen bestehen für den Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg bis zum Jahr 2025?

Die Fragen 2 und 10 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antworten der Fragen 33 und 34 auf Bundestagsdrucksache 19/23523 verwiesen.

3. Wie viele Beschäftigte arbeiten in welchen Bereichen der Niederlassung Nürnberg bzw. ihrer Außenstellen (bitte nach einer Organigrammstruktur mit Angabe von Vollzeitäquivalenten darstellen)?

Nach Auskunft der Autobahn GmbH des Bundes sind in der Niederlassung Nordbayern insgesamt 576 Vollzeitäquivalente (VZÄ) beschäftigt.

In den Geschäftsbereichen der Niederlassung Nordbayern sind insgesamt 291 VZÄ beschäftigt. Diese gliedern sich wie folgt auf:

- Geschäftsbereich Planung, Bau, Erhaltungsmanagement: 50 VZÄ,
- Geschäftsbereich Brücken, Ingenieurbau, Hochbau: 41 VZÄ,
- Geschäftsbereich Betrieb, Verkehr: 106 VZÄ,
- Zentrale Angelegenheiten: 30 VZÄ,
- Geschäftsbereich Recht, Liegenschaften: 20 VZÄ,
- Geschäftsbereich Verwaltungsmanagement: 44 VZÄ.

Zudem sind neben dem Niederlassungsdirektor noch fünf VZÄ in der Stabsstelle Arbeitssicherheit, Datenschutz, Informationssicherheit sowie sieben VZÄ in der Stabsstelle Kommunikation tätig.

In den Außenstellen sind insgesamt 272 VZÄ beschäftigt. Diese gliedern sich wie folgt auf:

- Außenstelle Bayreuth: 86 VZÄ,
- Außenstelle Fürth: 89 VZÄ,
- Außenstelle Würzburg: 97 VZÄ.

4. Wie viele Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg konnten durch die Überführung aus der Landesverwaltung gewonnen werden (bitte absolut und prozentual angeben)?
5. Wie viele Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg haben den Dienstherrn nicht gewechselt und verbleiben somit dienstherrnrechtlich weiterhin bei der Landesverwaltung (bitte absolut und prozentual angeben)?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Nach Auskunft der Autobahn GmbH des Bundes waren zum 31. Dezember 2020 insgesamt 1.236 Beschäftigte des Landes für Autobahnaufgaben im Geschäftsbereich der Niederlassung Nordbayern tätig. Davon sind 988 Beschäf-

tigte zum Bund gewechselt. Insgesamt 248 Beschäftigte sind vom Land zur Autobahn GmbH des Bundes gestellt bzw. zugewiesen.

6. Welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, weshalb Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg einem Übergang des Beschäftigungsverhältnisses von der Landesverwaltung auf die Autobahn GmbH nicht zugestimmt haben?

Nach Auskunft der Autobahn GmbH des Bundes wollte ein Teil der Beschäftigten des Freistaates Bayern nach Jahrzehnten im öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern keinen Arbeitgeberwechsel mehr vornehmen.

7. Wie viele Auflösungen von Dienstverhältnissen hat es im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg seit dem 1. Januar 2018 bis dato gegeben, und wer hat die Auflösung veranlasst (bitte die Anzahl nach Jahren einzeln angeben)?

Die Niederlassung Nordbayern der Autobahn GmbH des Bundes hat zum 1. Januar 2021 ihren operativen Betrieb aufgenommen. Nach Auskunft der Autobahn GmbH des Bundes gab es seitdem 1. Januar 2021 insgesamt 12 arbeitnehmerseitige Auflösungen von Dienstverhältnissen und 13 einvernehmliche Auflösungsverträge zum vorzeitigen Renteneintritt.

8. Wie viele Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg wurden neu vom Arbeitsmarkt (extern) rekrutiert (bitte absolut und prozentual angeben)?
9. Welche Stellen wurden mit vom Arbeitsmarkt neueingestellten (externen) Personen im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg besetzt?

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Nach Auskunft der Autobahn GmbH des Bundes wurden seitdem 1. Januar 2021 insgesamt 28 Beschäftigte bei der Niederlassung Nordbayern von extern eingestellt. Dies entspricht ca. 2,2 Prozent der Beschäftigtenanzahl der Niederlassung Nordbayern. Mit den neueingestellten (externen) Personen wurden folgende Stellen besetzt:

- Bauingenieure,
- Landschaftsplaner,
- Straßenwärter,
- Straßenunterhaltungsarbeiter,
- Verwaltungsangestellte,
- Controller,
- Operatoren.

11. Mit welcher Anzahl an weitere Neueinstellungen rechnet die Bundesregierung für den Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg bis zum Jahr 2025?

Nach Auskunft der Autobahn GmbH des Bundes sind bis zum Jahr 2025 in der Niederlassung Nordbayern 54 Neueinstellungen als Ersatz für ausscheidendes Personal geplant. Daneben plant die Autobahn GmbH des Bundes bis Ende 2022 einen Stellenaufwuchs auf 1.320 Stellen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.